

Antrag

der Abgeordneten Annette Groth, Katrin Werner, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion DIE LINKE.

Nein zur Todesstrafe – Hinrichtung von Troy Davis verhindern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag bedauert, dass der US Supreme Court die Berufung des seit 20 Jahren inhaftierten Häftlings Troy Davis aus dem Bundesstaat Georgia abgelehnt hat. Der Afroamerikaner Troy Davis war im Jahr 1991 allein aufgrund von Zeugenaussagen wegen Mordes an dem Polizisten Mark McPhail zum Tode verurteilt worden. Eine Tatwaffe, DNA-Spuren oder andere konkrete Tathinweise wurden niemals gefunden.
2. Der Deutsche Bundestag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass durch die Ablehnung der Berufung durch den US Supreme Court die Vollstreckung der Todesstrafe für Troy Davis unmittelbar droht.
3. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich Menschen weltweit gegen die Hinrichtung von Troy Davis engagieren.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass bei einer Onlineaktion im Jahr 2009 mehr als 200 000 Menschen an den Gouverneur von Georgia schrieben, um gegen die Verhängung der Todesstrafe gegen Troy Davis zu protestieren.
5. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, dass sich die Einhaltung der Menschenrechte und die gleichzeitige Verhängung der Todesstrafe gegenseitig ausschließen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich nachdrücklich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Rettung des Lebens des US-Amerikaners Troy Davis einzusetzen, um im Rahmen der Möglichkeiten des US-Rechts eine Begnadigung oder die Umwandlung der Todesstrafe in eine Haftstrafe zu erwirken,
2. sich dafür einzusetzen, dass alle Regierungen der EU-Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Appel zur Rettung des Lebens von Troy Davis beschließen,
3. den USA anzubieten, Troy Davis in Deutschland Aufnahme zu gewähren und
4. sich in Gesprächen auf bilateraler Ebene und im Rahmen der EU gegenüber den USA für ein umgehendes Moratorium als ersten Schritt zur Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

Berlin, den 12. April 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

